

USA

Der neue Mittelpunkt der Welt liegt im Pazifik

Falls da noch Zweifel waren an der historischen Epochenwende, welche die USA gerade vollziehen, so hat Aussenministerin Hillary Clinton sie endgültig ausgeräumt – in der Zeitschrift «Foreign Policy». Ihr Text mit dem Titel «Amerikas pazifisches Jahrhundert» erschien just vor der Asienreise von Präsident Barack Obama in dieser Woche. Amerika muss demnach seine knapper werdenden Ressourcen auf jene Orte konzentrieren, die in Zukunft wirklich zählen. Irak oder Afghanistan gehören für Clinton nicht mehr dazu. Zählen wird künftig hingegen der asiatisch-pazifische Raum, der von Indien bis zur Westküste der USA reicht, zwei Ozeane, die Hälfte der Menschheit und mehrere Motoren der Weltwirtschaft umfasst. Hier liege die Zukunft, hier müsse Amerika ein wirtschaftliches und militärisches Gegengewicht zur aufstrebenden Weltmacht China aufbauen. Diese Strategie von Obama – aufgewachsen in Hawaii und Indonesien – wird jetzt umgesetzt. Damit neigt sich das transatlantische Jahrhundert dem Ende zu. Das ist für Europa doppelt bitter. Erstens verliert es die Aufmerksamkeit der USA, und zweitens wird es von ihnen beim diplomatischen Wettlauf im pazifischen Raum abgehängt. Beim ostasiatischen Gipfel dieses Wochenende, an dem die USA, China und Russland teilnehmen, ist die EU nicht einmal als Beobachterin zugelassen. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» zitierte jüngst europäische Diplomaten, die sich über die Herablassung der asiatischen Kollegen gegenüber dem krisengeplagten Europa beklagten. Der Mittelpunkt der Welt hat sich verschoben. (tis.)

Bank Clariden Leu

250 Jahre Geschichte haben einen hohen Wert

Die Geschichte der 1755 als Staatsbank der Stadt Zürich gegründeten Bank Leu geht zu Ende. Die heute unter dem Namen Clariden Leu firmierende Institution soll vollständig in der Credit Suisse aufgehen. Eine einmalige, 250-jährige Marke verschwindet ziemlich beiläufig. Das ist ein Fehler und zeugt von der Selbstüberschätzung, die in vielen Banken grassiert.

Banken offerieren weitgehend austauschbare Dienstleistungen. Die Anlageprodukte und Beratungsprozesse sind identisch, die Hochglanz-Umgebung der Bankräumlichkeiten und das Lächeln der Empfangsdame ebenfalls. Selbst die IT-Systeme stammen in der Regel von den gleichen Anbietern. Und der Kundenberater, der vier Jahre lang bei der Bank A gearbeitet hat, wechselt morgen zur Bank B, nur um nach drei Jahren beim Institut C zu landen – weil der Bonus dort etwas höher ist. Die Marke, die Tradition und Solidität einer Institution verkörpert, ist das wirklich Einzigartige und Beständige in vielen Bankbeziehungen. Und die Kunden vergleichen nicht in erster Linie die Leistungen ihrer Bank, sondern lassen sich von Emotionen leiten. Wenn Branding schon beim Verkauf von Joghurts als zentral angesehen wird, ist es das in der Vermögensverwaltung erst recht. Die Marke Leu ist einzigartig, weil man sie in der heutigen Form nicht noch einmal schaffen könnte. Die Firma Interbrand hat den Markenwert von Clariden Leu vor einigen Monaten denn auch auf mehr als 900 Millionen Franken geschätzt. Ob die kumulierten Kosteneinsparungen der Integration diesen Wert aufwiegen können? (stä.)

Innovative SBB

Das Gute vor dem Besseren

Bei den SBB ist derzeit Japan in. Das Kader geht auf Studienreise, das Personal wird geschult in «Kaizen», der japanischen Arbeitsphilosophie, die den steten Wandel zum Besseren anstrebt. Und so lancieren auch die SBB-Chefs derzeit fast im Stundentakt neue Ideen. Man liest, dass keine Billette mehr im Zug verkauft werden, dafür vielleicht die Tasche auf dem Nebensitz bald eines braucht. Dass es bei Verspätungen Geld zurück geben könnte, dafür die Panne nach Italien in den Fahrplan eingerechnet wird. Dass drahtloses Internet geplant ist und und und – «Kaizen» eben: ewige Veränderung. Der Pendler staunt und denkt sich: Schön, wird alles besser; schade, fällt dabei viel Gutes weg. Bis er im Strauss der Ideen eine Rückkehr zum Bewährten entdeckt. Es soll an Bahnhöfen wieder Gratis-WC geben. Das lässt jeden hoffen, der einmal mit gekreuzten Beinen vor einem «McClellan» nach Münzsuchte und dabei jede japanische Zurückhaltung verlor. (dli.)

Chappatte



Die Bewegung «Occupy Wall Street» in der Defensive.

Der externe Standpunkt

Neidkultur – man nimmt von denen, die haben

Die laufende Erbschaftssteuer-Initiative raubt manchen den Schlaf. Denn sie hat Aussicht auf Erfolg. Gewerkschaften und Linke haben ganze Arbeit geleistet, schreibt René Scheu

Notariate an der Zürcher Goldküste haben derzeit alle Hände voll zu tun. Den regen Betrieb verdanken sie der Lancierung eines Stimulierungsprogramms in Form einer Volksinitiative, die Erbschaften rückwirkend per 1. Januar 2012 besteuern will. Viele Hausbesitzer und Unternehmer wollen nun im letzten Moment ihren Nachlass in Ordnung bringen, um zu verhindern, dass 20 Prozent ihres Vermögens jenseits der «Freigrenze» von zwei Millionen Franken dem Fiskus anheimfallen. Das Geld soll zu zwei Dritteln über die AHV und zu einem Drittel über die Kantone sozialpolitisch korrekt umverteilt werden. Schaut man sich die Betriebsamkeit in den Kanzleistuben an, muss man wohl sagen: Die Erfolgchancen der Initiative sind selbst im Urteil ihrer Gegner absolut intakt.

Die Aufmerksamkeit der meisten Medien konzentriert sich seither auf Fragen innerhalb der herrschenden fiskalischen Denkmuster. Ist eine Erbschaftssteuer nicht «gerechter» als eine Einkommenssteuer? Müsste eine Erbschaftssteuer – wenn schon – nicht wie die Einkommenssteuer progressiv ausgestaltet sein? Die bedenklichen mentalen Konsequenzen der Initiative werden dabei ausgeblendet – aber genau um sie geht es.

Der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk hat jüngst aufgezeigt, dass der moderne Steuerstaat in «spätabolutistischen Routinen und hoheitlichen Diktaturen» gründet. Konfrontiert man den Fiskalstaat mit der Frage, warum und wie viel er nimmt, fallen seine Antworten tautologisch aus: «Er erhebt Steuern, weil es zum Staatssein gehört, Steuern zu erheben, und er braucht das Geld, weil es keinen Staat gibt, der das Geld nicht braucht.» Sloterdijks Überlegungen bewegen sich freilich innerhalb der klassischen Opposition zwischen Steuerstaat und Steuerpflichtigen. Er geht davon aus, dass die Steuerzahler, hätten sie in einer Demokratie tatsächlich das Sagen, die Steuerlast senken würden.

In der Schweiz haben wir dank der direkten Demokratie diese Möglich-

keit – können sie aber auch ins Gegenteil verkehren. In der Tat treffen wir aktuell auf eine brisante fiskalpolitische Konstellation: Eine Mehrheit der von der Initiative nicht tangierten Steuerzahler bestimmt über eine Minderheit von Steuerzahlern, indem sie diese grosszügig zur Kasse bittet.

SP, EVP und Gewerkschaften haben ganze Arbeit geleistet. Ihr Initiativtext ist ein perfektes Beispiel für die Kunst moderner Neid-Bewirtschaftung. Das ist insofern geschickt gehandelt, als es in unseren individualistischen Gesellschaften die Beneidungs- und Empörungsvorschläge sind, die gesellschaftliche Kohäsion erst erzeugen. Die nachgereichten Begründungen zur moralischen Legitimität der Initiative, zumeist angereichert mit grossen Worten wie «Solidarität» oder «soziale Gerechtigkeit», verblässen angesichts ihres möglichen Effekts: der Neid- und Empörungsgemeinschaft. Wurden Erbschaftssteuern in den meisten Schweizer Kantonen jüngst abgeschafft, könnten sie im Zeichen der neuen massenmedial erregten Neidgesellschaft ein Revival auf nationaler Ebene erleben.

Der Grundgedanke der Initianten ist simpel: Wir nehmen von denen, die haben. Dahinter wiederum steht eine konsequent kultivierte Annahme:

René Scheu



René Scheu, 37, promovierte an der Universität Zürich in zeitgenössischer Philosophie. Er ist Herausgeber und Chefredaktor der Autorenzeitschrift «Schweizer Monat». René Scheu hat mehrere Bücher herausgegeben und ist Träger des Förderpreises der Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur.

die Annahme des Volksvermögens. Alles gehört letztlich allen, und so haben die einen durchaus das moralische Recht, den anderen etwas wegzunehmen. «Alles in einen Topf, alles aus einem Topf», wie Wilhelm Röpke schrieb. Der Staat hat in dieser Optik nicht mehr die Aufgabe, Eigentum zu schützen. Eigentum stellt bloss eine Leihgabe dar, für die der Staat einen Tribut fordert.

Worüber sich viele Empörungsbürger nur selten empören, ist, wie oft ein redlich verdienter Franken besteuert werden kann – durch die Konsumsteuer (Mehrwertsteuer), die Einkommenssteuer, die Steuern gleichkommenden Gebühren und Sozialabgaben, die Vermögenssteuer, die Erbschaftssteuer. Ein Teufelskerl ist, wer trotz der Steuerlast am Ende seines Lebens noch etwas übrig hat, das er weitergeben kann.

Die Konsequenz liegt auf der Hand: Konsumieren ist besser als sparen. Wenn der Staat seine Präferenzen so setzt, höhlt er jedoch das gesellschaftliche Fundament aus, auf dem er lebt. Ersparnis und Vermögen sind nicht das Privileg einiger weniger, sondern Anreiz für alle, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Und die Demokratie ist letztlich auf mündige und finanziell unabhängige Bürger angewiesen, die das langfristige Wohl von sich und der Gesellschaft im Auge haben – sprich: sparen und langfristig investieren.

Falls die neue nationale Erbschaftssteuer dereinst angenommen werden sollte, wäre dies höchst bedenklich. Die Befürworter würden in diesem Fall wohl gleich die nächste Initiative starten – die Freigrenze der Erbschaftssteuer lässt sich beliebig senken, der Steuerfluss beliebig erhöhen. Die gute Nachricht ist jedoch: Die Demokratie lebt vom regen Spiel zwischen Kräften und Gegenkräften. Nur müssten die Gegner der Initiative endlich den Mut haben, die scheinheiligen Begründungen der Initianten als das blosszustellen, was sie sind: ein Beitrag zur Neidgesellschaft.